



Rekommunalisierung auch an der Elbe? Der Dresdner Stadtrat hat bereits dem Kauf der Energieholding Geso durch die Stadt Dresden zugestimmt.

Ade, Privatisierung

Die Rekommunalisierung von Stadtwerken nimmt zu. Stabile Einnahmen für die Kommunen und positive Auswirkungen auf den lokalen Arbeitsmarkt sind zwei erfreuliche Begleiterscheinungen.

Von **DIERK E. ROTTMANN**

Totgeglaubte leben länger: Mit der Öffnung des europäischen Strom- und Gasmarktes vor zehn Jahren setzte der Abgang auf kommunale Energieversorger ein. Die Privatisierung der städtischen Versorgungsunternehmen schien lange Jahre die einzige Option zu sein. Heute weiß man, dass dies ein Irrglaube war. Denn heute kaufen immer mehr Kommunen ihre Stadtwerke zurück und rüsten diese teilweise sogar zu überregionalen Spielern auf.

Rekommunalisierung bedeutet, dass Kommunen die ehemals privatisierten Stadtwerke, Strom- und Gasnetze oder die teilweise privat organisierte Müllabfuhr zurückkaufen. Im Energiebereich ist es offensichtlich, dass Deutschlands Kommunen künftig eine größere Rolle spielen wollen. Viele Städte schicken sich an, den Privatisierungstrend der Neunzigerjahre rückgängig zu machen.

Zahlreiche Beispiele

Dafür gibt es zahlreiche Beispiele: Zweifelsohne stellt der Ende vergangenen Jahres abgeschlossene Verkauf der Thüga durch Eon die größte Transaktion dieser Art dar. Die Thüga, ein Konglomerat aus etwa 100 Stadtwerken, wurde für rund 2,9 Milliarden Euro an die beiden kommunalen Bieterkonsortien KOM9 und Integra verkauft. Hinter den Konsortien stehen insgesamt 50 Stadtwerke aus ganz Deutschland, die mehrheitlich im Besitz von Städten und Gemeinden sind. Besonders interessant: In Zeiten schwächelnder Banken und knapper Kredite stand eine Gruppe von Sparkassen als wichtigster Finanzierungspartner bereit.

Aber auch anderswo wird über Rekommunalisierung nachgedacht: Der Dresdner Stadtrat hat im März dem Kauf der Energieholding Geso durch

die Stadt Dresden zugestimmt. Die Geso hält Anteile an zehn sächsischen Energieversorgern, darunter auch Anteile an den Dresdner Stadtwerken. Im Siegerland lassen gerade 19 Kommunen prüfen, ob sie den Betrieb des Strom- und Gasnetzes selbst übernehmen, wenn der Konzessionsvertrag mit RWE abläuft. Und auch die Stadt Hamburg denkt laut darüber nach, den Konzessionsvertrag mit Eon für das Strom- und Gasnetz nicht zu verlängern.

Es stellt sich die Frage, woher diese Trendwende kommt. Jahrelang haben Kommunen große Teile ihrer Infrastruktur verkauft – einerseits um der wachsenden Defizite Herr zu werden, andererseits aber auch aufgrund des politischen Glaubens, dass damit die Bereitstellung von Strom, Wasser und Co. günstiger werden würde. Doch das war nicht immer der Fall. Heute stellt sich die Situation nochmals anders dar, allein aufgrund der desolaten Haushaltssituation vieler Kommunen und der sehr konjunkturabhängigen Einnahmen aus der Gewerbesteuer: Viele Städte haben erkannt, dass der Betrieb von Stadtwerken eine stabile Einnahmequelle darstellt. Nur durch eine solche können andere defizitäre öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder und Bibliotheken querfinanziert werden. Die Stärkung der lokalen Energieversorger ist nicht zuletzt auch für die Erhaltung der Arbeitsplätze in den jeweiligen Regionen sehr wichtig.

Das klingt wie ein Segen in Zeiten leerer Kassen, doch der Rückkauf birgt auch Risiken. Denn einzelnen kleinen Stadtwerken fehlt es häufig an Ressourcen und Verhandlungsmacht, um dauerhaft gegenüber den großen Konzernen zu bestehen. Die Gefahr besteht, dass sie den Kunden ihre Leistungen nicht zu

den gleichen günstigen Konditionen anbieten können. Darauf haben die Stadtwerke reagiert: Neben der Rekommunalisierung gibt es noch einen anderen Trend: verstärkte Bestrebungen zu Zusammenschlüssen kommunaler Unternehmen.

Nicht nur Kosten sparen

Einerseits geht es natürlich um die Verhandlungsmacht gegenüber den Großkonzernen wie Eon und RWE. Andererseits lassen sich im Verbund Kosten einsparen, etwa in der Verwaltung. Aber nicht nur Kosten können durch den Verbund gespart werden. Es geht auch um die Kraft zur Expansion und den Klimaschutz. Um die politisch vorgegebenen Klimaziele zu erreichen, sind auf der Ebene der Energieversorger hohe Investitionen nötig. Was für einzelne kleine Stadtwerke ein Ding der Unmöglichkeit ist, wie der Bau von Wind- und Solarparks, kann gemeinsam gestemmt werden. Strategisch macht das gemeinsame Vorgehen daher auf ganzer Linie Sinn.

Trends werden oft von Angebot und Nachfrage bestimmt. Das Angebot an Stadtwerken dürfte auch in Zukunft gegeben sein. Denn einerseits sind den Großkonzernen aus kartellrechtlichen Gründen die Hände gebunden, ihre Beteiligungen an deutschen Stadtwerken aufzustocken. Andererseits kristallisiert sich bei den großen Versorgern die Tendenz heraus, sich vermehrt auf die Erzeugung zu konzentrieren und den Vertrieb herunterzufahren. Daher ist es wahrscheinlich, dass sich Großkonzerne auch in Zukunft eher von ihren Stadtwerken trennen werden. Sowohl aus strategischen als auch aus rechtlichen Gründen. Für die Kommunen liegen die Vorteile auf der Hand: Arbeitsplätze bleiben lokal erhalten, und das Versorgungsgeschäft sichert stabile Einnahmen. Ein nicht zu verachtendes Argument angesichts der desolaten Haushaltslage vieler Kommunen und der eingebrochenen Einnahmen aus der Gewerbesteuer.

Dierk E. Rottmann, Managing Director, @VISORY partners, Wiesbaden